Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Die Redaction ist nicht verantwortlich für die unverlangten Manuscripte, welche sich bei der Redaction nicht befinden.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 340. Freitag den 6. December 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Barbier
Herr Eduard Karl Günther
in Leipzig-Anger Crottendorf
hat sein Gewerbe als Trichinenschauer für den Stadtbezirk Leipzig abgemeldet und ist infolge dessen aus der Liste der verpflichteten Trichinenschauer gelöscht worden. Dies wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Leipzig, den 2. December 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rietz.

VIII. 3088.

Gefunden

oder als hierselbst angemeldet, resp. abgegeben worden in der Zeit vom 1. bis 30. November 1889 folgende, z. T. theilweise auch von früher verübten Diebstählen herrührende Gegenstände:

mehrere goldene Ringe, verschiedene Armbänder, einige Klemmer und Brillen, 2 Broschen, eine Halbjagdkette, eine Cocadenkette, ein Cigarren-Etui, 2 Brieftaschen (in einer befinden ein Pfandschein), ein Buch, ein Socket zum Aufsetzen von Schmuckfachen, eine Brosche, verschiedene Handschuhe, 3 Paar verschiedene Damenstrümpfe, mehrere Taschen- bezw. Haubenbücher, ein rothes und ein schwarzledernes, ein [illegible]-Stuhl, ein Paar neue Gummischuhe, ein Handtuch, eine Scheere und div. Toilettenartikel, ein Bettmesser, ein Gummischuh, eine Stiefelhilfe, ein Paar Stiefeletten und ein Band Saitenfiel, eine Taschenmusikflöte, 2 schwarze Thürgriffe, ein neues Sägeblatt, 3 Pinsel, ein Packet Nägel, ein Freilaufrad, eine Schraubzwinge, eine ca. 3 m lange eiserne Kette, eine Wagenlaterne, 2 Stück eine ca. 3 m lange eiserne Kette, eine Wagenlaterne, 2 Stück gebrauchte Scheerenmesser, ein Reclame-Schirm von Metall, ein dunkelgrüner Handwagen mit Kastenaufsatz, ein Kinderwagenrad, ein Wagenziehel, ein Sack mit grauer Wäsche, ein Paar und 3 einzelne Pferde-Decken, ein Schweif-Riemen, eine Anzahl Schirme und Spazierstöcke, mehrere Satteln, eine Anzahl Portemonnaies und Beutel mit Geldbeträgen bis zu ca. 11 ℳ, 7 Stück Portemonnaies ohne Inhalt, einzelne Beträge von 3, 5 und 20 ℳ, endlich ein Hut Zylder.

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat vorstellig zu machen, andernfalls darüber nach §. 249 des B. G.-B. anderweit verfügt werden muß.

Leipzig, am 2. December 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. Mr.

Bekanntmachung.

Die Wahlurnen für die auf
Dienstag, den 10. December d. J.,
anberaumte Kirchenvorstandswahl für die neue Südparochie ist zur Einsichnahme ausgelegt
Donnerstag, den 7. December,
von früh 9 bis Abends 7 Uhr
und
Sonntag, den 8. December,
von 11 bis 1 Uhr
in der Kirchen-Expedition der Peterskirche (Eingang Schletterstraße Nr. 5).

Leipzig, den 5. December 1889.

Der Wahlausschuß für die Kirchenvorstandswahl der neuen Südparochie.
D. Hartung, Pfarrer zu St. Petri, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Das Schulgeld ist gemäß § 45 der hiesigen Schulordnung in monatlichen Raten pränumerando zu entrichten.

Es wird dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß gegen alle Diejenigen, welche bis zum 9. dies. Mts. nicht Sämmtliches Schulgeld von 1889 unter abgeführt haben — in Rücksicht auf die bevorstehende Verschreibung unseres Ortes mit Leipzig — das Mahn- bez. Zwangsvollstreckungsverfahren unverzüglich eingeleitet werden wird.

Gohlis, am 2. December 1889.

Der Gemeindevorstand.
J. V.: Kreuzer, Gemeinde-Aeltester.

Deutschland und die Schweiz.

In der Reichstagssitzung vom 23. November brachte der Abgeordnete Baumbach den Fall Wohlgemuth und den deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag zur Sprache, um eine Aeußerung des Staatssecretairs Grafen Bismarck über das gegenwärtige Verhältniß Deutschlands zur Schweiz hervorzurufen. Graf Bismarck entsprach diesem Verlangen und erklärte: „Bei dem Meinungsaustausch, welchen wir meistens in schriftlicher Form im Laufe dieses Sommers mit der schweizer Regierung gehabt, haben wir uns lediglich von der Ansicht leiten lassen, die Bundesgenossenschaft der Regierung dieses befreundeten Nachbarstaates zu gewinnen im nothwendigen abwehrenden Kampfe gegen die umstürzenden socialistischen Bestrebungen und gegen die Machtstellung der deutschen Socialdemokratie in der Schweiz. Daß wir hier auf gutem Wege sind, werden die Herren wahrscheinlich schon wissen."

Ein Theil der schweizer Presse hatte aus diesen Worten gefolgert, daß der Bundesrath der Schweiz mit Deutschland erbeten, dem Geiste der Gesetze und Einrichtungen der Schweiz zuwiderlaufende Vereinbarungen getroffen habe. Der Nationalrath Müller hatte deshalb im Einverständniß mit mehreren Collegen den Vorsteher des Auswärtigen Amtes Droz um Aufklärung ersucht. Die Antwort lautete so, wie sie zu erwarten war, daß weder Vereinbarungen beider Staaten zum Zweck gemeinschaftlichen Vorgehens gegen die Bestrebungen der Socialdemokratie getroffen worden, noch dem Abschluß nahe seien, und daß die Worte des Grafen Bismarck im Reichstage auch eine solche Auffassung nicht zulassen. Schließlich erklärte Herr Droz, daß es ihm zur Befriedigung gereiche, im Allgemeinen zu bestätigen, daß die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland wieder so seien, wie sie vor dem Zwischenfalle Wohlgemuth bestanden. Nationalrath Müller drückte seine Befriedigung über die erhaltenen Aufklärungen aus und nahm als festgestellt an, daß die Schweiz bei ihrem Standpunkte verharren wolle, ihre internationalen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und mit Niemand in einem Bund oder eine Bundesgenossenschaft zur Unterdrückung politischer Gedanken oder Bestrebungen einzugehen.

Der ganze Verlauf dieser Erörterung erscheint wohl geeignet, in jeder Beziehung zufrieden zu stellen. Es geht daraus zunächst hervor, daß die Schweiz auf gute Beziehungen zu Deutschland Werth legt und daß ihre Vertreter die Berechtigung des Standpunktes der deutschen Regierung in ihrem vollen Umfang anerkennen. In den Anschauungen des Nationalrathes Müller findet sich eine bemerkenswerthe Uebereinstimmung mit den neulich im Reichstage kundgegebenen Ansichten des preußischen Ministers des Innern Herrfurth über die socialdemokratische Bewegung. Minister Herrfurth nannte die Bewegung eine greifbare und sprach die Ueberzeugung aus, daß eine solche sich durch äußere Mittel nicht unterdrücken lasse. Nationalrath Müller nennt sie politisch, besonders im Hinblick auf die socialistischen Parteibestrebungen. Gegen diese Seite der Bewegung sind aber auch die Maßregeln der deutschen Regierung so wenig wie die der schweizerischen gerichtet. Sie haben vielmehr den Zweck, die Bewegung innerhalb der gesetzlichen Schranken zu halten, den Umsturz des Bestehenden zu verhindern und allmälig einen Zustand anzubahnen, welcher den Anforderungen der veränderten Zeitverhältnisse entspricht. Ueber die revolutionären Bestrebungen der Socialdemokraten haben die deutsche und die schweizer Regierung genau dieselbe Meinung, sie stimmen darin überein, daß sie mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft werden müssen, und deshalb ist die schweizer Regierung auch bereitwillig darauf eingegangen, die Fremdenpolizei so zu handhaben, daß dadurch nicht den Umsturzbestrebungen der Socialdemokraten Vorschub geleistet wird. Diesen Zweck hat die Anstellung des Bundesanwaltes, und deshalb war Graf Bismarck vollkommen berechtigt, von einer Bundesgenossenschaft der deutschen und der schweizerischen Regierung im nothwendigen abwehrenden Kampfe gegen die socialistischen Umsturzbestrebungen und gegen die Machtstellung der deutschen Socialdemokratie in der Schweiz zu sprechen.

Nicht nur im schweizer Bundesrath, sondern auch im Nationalrath hat sich dafür das wünschenswerthe Verständniß gezeigt, und gerade die Schlußerklärung des Nationalrathes Müller ist der beste Beweis dafür, daß man auch in der Schweiz die Gefahren socialistischer Umsturzbestrebungen richtig erkennt und würdigt. Es ist überhaupt eine durchaus verkehrte Meinung, anzunehmen, daß die republikanische Staatsform ein fruchtbarer Boden für die Verwirklichung des socialistischen Staates darbietet. Auch die Republiken der Gegenwart beruhen auf der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung mit einer leitenden Centralgewalt, mit Verwaltungs- und Justizbehörden, mit Heer und Flotte, mit schützenden Gesetzen, welche zwischen Regierung und Volksvertretung vereinbart werden. Die Arbeit ist in der Republik so wenig organisirt oder ein Recht auf Arbeit anerkannt, wie in der constitutionellen Monarchie, der wesentliche Unterschied zwischen beiden Staatsformen ist nur der, daß die Republik das Staatsoberhaupt wählte, während es in der Monarchie aus der Dynastie auf Grund des Erbrechts hervorgeht und daß ihm das Recht beiwohnt, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika befinden sich ebenso im Kampfe mit socialistischen, communistischen und anarchistischen Umsturzbestrebungen wie Frankreich, und auch die Schweiz kann sich trotz des bei ihr bestehenden Asylrechts von diesem Kampfe nicht losmachen. Die Socialisten, welche in der Schweiz Schutz suchen, haben allerdings ein Interesse daran, es mit Regierung und Volk dort nicht zu verderben, aber abgesehen davon, daß sie ihre wahre Natur auch in dem Lande nicht verleugnen können, welches ihnen ein Asyl gewährt, und deshalb schädlich auf die politischen und socialen Verhältnisse des Landes einwirken, haben die Ereignisse der letzten Jahre gezeigt, daß die Schweiz Gefahr läuft, ihre von den Mächten verbürgte Neutralität einzubüßen, wenn sie gegen socialistische Umsturzbestrebungen, welche die Schweiz als Operationsbasis benutzen, nicht thatkräftig vorgeht.

Die Schweiz hat sich in neuester Zeit solcher socialistischen Elemente entledigt, welche die guten Beziehungen des Landes zu den europäischen Mächten durch ihre agitatorische Thätigkeit gefährden, und hat damit nur das gethan, was ihr Klugheit und Nothwendigkeit gebieten. Der Begriff der Neutralität verträgt es nicht, daß ein Staat, welcher ihm zum Grundsatz erwählt hat, sich als Herd revolutionairer Bestrebungen mißbrauchen läßt, neutral kann nur der sein, der den Nachbarn keinen Schaden zufügt und sie nicht durch Duldung auf Umsturz der staatlichen Ordnung in Nachbarstaaten bedachter Personen herausfordert. Der Bundesrath der Schweiz hat sich der Richtigkeit dieses Gedankenganges niemals verhehlt, ist aber durch die zum Theil sehr ungeschickten Cantonalgesetze und durch den Mangel schützender Centraleinrichtungen nicht in der Lage gewesen, seinen Wünschen Ausdruck zu geben. Durch die von deutscher Seite gegebene Anregung ist die Aufmerksamkeit auf diesen Mangel gelenkt worden, und es bleibt nur zu wünschen, daß die Centralbehörde sich nicht auf Anstellung des Bundesanwaltes beschränkt, sondern Mittel und Wege aufsucht, wie den bestehenden Unzuträglichkeiten Abhilfe geschafft werden kann. Bei den Unruhen im Canton Tessin hat sich gezeigt, wie gering der Einfluß des Bundesrathes ist, die Cantone kümmern sich einfach nicht um die Anordnungen der Centralgewalt. Das kann nicht so bleiben, der Hebel muß an der rechten Stelle angesetzt werden, und die Schweiz kann Deutschland nur dankbar sein, wenn sie von ihm dazu angeregt worden ist, die Organisation des Staates zu verbessern. Selbstverwaltung und Selbstregierung sind sehr schön, nur dürfen sie nicht in Willkür und in Unbotmäßigkeit gegen die Gesammtregierung ausarten. Das Reformbedürfniß der Schweiz ist dringend, das haben die neuesten Erfahrungen bewiesen. *

Leipzig, 6. December.

* Die von einem Berliner Blatte verzeichnete Nachricht von einer Erkrankung des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck ist vollständig aus der Luft gegriffen und beruht vermuthlich auf einem Börsenmanöver.

* Als ein Zeichen, daß die Elsaß-Lothringer sich allmälig mit den neuen Verhältnissen aussöhnen, darf man gewiß die Thatsache ansehen, daß die höheren Schulen im Reichslande immer mehr von den Einheimischen besucht werden, daß von den Studirenden der Universität zu Straßburg bereits zwei Fünftel geborene Elsässer oder Lothringer sind und daß auch das einheimische Element unter den Beamten immer mehr zunimmt. Anfang 1889 waren verhältnißmäßig unter den 158 Rentmeistern bereits 55 Elsaß-Lothringer; von den 17 zur Ausbildung bei der Steuerdirection beschäftigten Anwärtern für den Steuerempfangsdienst waren 16, von 41 vorgemerkten weiteren Anwärtern waren 38, von 36 Steuerboten waren 26 und von 8 Hülfsboten 7 Angehörige der reichsländischen Bevölkerung. Bei den übrigen Verwaltungen lagen die Verhältnisse ähnlich. Im Volksschulwesen sind fast nur Elsaß-Lothringer angestellt; im höheren Schulwesen mehrt sich von Jahr zu Jahr die Zahl der auf deutschen Universitäten vorgebildeten Lehramtscandidaten aus dem Reichslande. Nur für den höheren Staatsdienst mangelt es noch an einheimischen Bewerbern. Gut würde es jedenfalls sein, wenn sämmtliche Elsaß-Lothringer, die in den Schuldienst eintreten oder die Beamtenlaufbahn ergreifen wollen, einige Jahre in Altdeutschland beschäftigt würden.

* In der vor Kurzem erschienenen Nr. 32 der „Mittheilungen" des Wiener deutschen Schulvereins ist der Bericht veröffentlicht, den Dr. von Kraus auf der diesjährigen Hauptversammlung in Karlsbad über die Zustände an der deutsch-czechischen Sprachgrenze in Böhmen erstattete. Wir geben diesen interessanten Bericht verkürzt wieder:

„Die Lage der Deutschen in Kolleschowitz ist infolge langjähriger Verschmutzung und der politischen wirthschaftlichen Verhältnisse, welche das Zuströmen tschechischer Elemente begünstigen, seit dem Entstehen des slavischen Gesangvereins eine sehr gefährdete geworden. Ebenso erscheint isolirt stehende Familie von der Gefahr der Sprachmischung ernstlich bedroht. Schwerwiegende Verpflichtungen liegt uns das von Moratschek eingeschaltete Gesuch von der Gefahr der Sprachmischung ernstlich bedroht. Schwerwiegende Verpflichtungen liegt uns das von der slavischen Invasion fast erdrückte Nürschan auf. Gerade in dem Augenblick, wo der von 160 Kindern besuchte deutsche Kindergarten ohne eine 2. Abtheilung nicht weiter zu führen war, verfügt der böhmische Landtag die Einstellung der bisher erwähnten Kindergarten-Subventionen. Es bedurfte der Mäßigkeit eines Dr. Korn, um unter Mithilfe von Reichsdeutschen Nürschan die Bahn für uns zu halten. Erfreulich ist das Gedeihen der Kindergärten zu Blattnitz und Strimmitzgrün. Nicht geringe Kämpfe hatten wir in Wisowa bei Mies zu bestehen, wo die deutsche Schule von 54, die nachbarliche tschechische von 11 Kindern besucht war. Im benachbarten Sobietlau, wo die Gemeindevorstehung durch die Ernennung von 26 tschechischen Gemeindevätern zu Gunsten der Slavisirung „ergänzt" worden, ist für die deutsche Schule seit 3 Jahren kein deutscher Ortsschulrath gebildet. Im deutschen Pawan suchen herrschaftliche Beamte slavischer Arbeiter aus der Klattauer Gegend heran, um der tschechischen Schule zu Wranowa das fehlende Kindermaterial zuzuführen. Trotz der heftigsten Agitationen hat sich die Schülerzahl an der deutschen öffentlichen Schule in Schüttenhofen wieder auf 131 gehoben. In Franzensthal bei Deutschbrod, wo wir seit Jahren durch einen deutschen Kindergarten zu wirken suchen, drohte die Errichtung einer tschechischen Schule und eines utraquistischen Kindergartens das nöthige Gebäude zu zerstören. Die äußerste Spitze des Iglauer Gebietes, dessen wir durch den einen erhaltenen Kindergarten zu Sorlen, desgleichen das vielfach gerissene deutsche Sprachgebiet der Westböhmer Gegend durch den Hilfsverein Kindergarten zu halten. Mühselig schleppen sich das Deutschthum auf den letzten Hochburgen deutschen Charakters Wesela und Schabach fort, wenn auch die in letzterem Orte errichtete deutsche Schule gedeiht. Allgemein wird über den Rückgang des Deutschthums zu Kleischnaborowitz in der Nachbar Gemeinde geklagt; alsdann müssen die nationalen Verhältnisse in Dubrenej als trostlos bezeichnet werden. In Sinken lebt der deutsche Lehrer mit dem czechischen Katechet, der an der deutschen deutschen Schule den Religionsunterricht nicht in deutscher Sprache ertheilen will, in fortgesetzter Fehde. In Schrembodorf wurde mit unserer Beihilfe ein Schulhaus gebaut und damit die Stellung der Deutschen gesichert. Beklagenswerth ist die Widerspänstigkeit der deutschen Bauern in Bergsie, die sich vor dem Einfluß ihrer slavischen Brüder fürchten. Schlimm sind auch die Zustände in Tlaskalowy bei Leitmeritz. Schwer wird es halten, mit den an sich geringen Schulverhältnissen Das gut zu machen, was die von der Geistlichkeit und den Schlabern'schen Beamten systematisch betriebene Agitation, der Einfluß des Teplitzer Slavenfüllers und leider auch der Unverstand und die nationale Gleichgiltigkeit im eigenen Lager hier am Deutschthum verschuldet haben. Im Ganzen ist es ein Bild, das wenig Trost für die nächste Zukunft gewährt, zu fortgesetzt enthusiastischen Pflichtgefühl mahnt und die uns deutscher Zersplitterung sich ergebende Gefahr ins rechte Licht stellt."

* Prinz Louis Napoleon Bonaparte ist, von Paris kommend, in St. Petersburg eingetroffen, um als Officier in die russische Armee, wahrscheinlich in ein Garde-Cavallerie-Regiment einzutreten. Die Unterhandlungen wegen Eintritts des Prinzen in das russische Heer wurden von der Prinzessin Mathilde Bonaparte, welche in der russischen Botschaft in Paris sehr freundschaftlich verkehrt, mit den maßgebenden St. Petersburger Kreisen geführt. Prinz Louis spricht sich über sein altes Regiment in Verona sehr anerkennend aus, das er verlassen habe, weil die Franzosen es ihm verdächten, daß er unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen einer der Armeen des Dreibundes diente, während ihm als Mitglied einer früheren französischen Herrscherfamilie auf Grund des Gesetzes von 1886 der Eintritt in das französische Heer untersagt ist.

* Der Antisclaverei-Congreß in Brüssel beschäftigte sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit den verschiedenen Fragen, betreffend die Oeffentlichkeit seiner Verhandlungen, sowie der Berathungen der beiden Commissionen. Der Congreß erhielt die Mittheilung von der Ankunft des italienischen Delegirten, des Schiffscapitains Baron Brochetti. Die „Britische und Antisklavische Antisclaverei-Gesellschaft", die „Gesellschaft zum Schutze eingeborener Rassen", sowie die „Gesellschaft zur Verhütung der Demoralisation der Negerrassen durch geistige Getränke" verehrten dem Congreß ihre Publicationen. Der Präsident theilt dem Congreß die von den zu Köln am 25. November versammelten deutschen Antisclaverei-Gesellschaft beschlossene Adresse mit. — In der Kammer erklärte übrigens, wie wir einen gestrigen Fehler des Telegraphen berichtigen, gelegentlich der Anfrage des Abg. Baro der Justizminister: der Chef der öffentlichen Sicherheit habe kein Recht gehabt, sich der Staatsarchive zu bedienen; die betreffenden Actenstücke seien geheimlich gerefelt.

* Die folgenden Erlebnisse eines Deutschen in Frankreich, die der „Nationalen Zeitung" von zuständiger Seite beglaubigt werden und für deren Richtigkeit das Blatt sich verbürgt, rücken die Rechtsverhältnisse und die Behandlung, welcher Ausländer durch französische Behörden ausgesetzt sind, in ein so grelles Licht, daß die Aufmerksamkeit der Regierungen auf sie gerichtet zu werden verdient.

Paul Hammack, ein gebornerer Stettiner, Zahnarzt, der sich seit einiger Zeit in Paris aufhielt, wurde dort vor etwa zwei Jahren plötzlich verhaftet und nach Mazas abgeführt; seine Habseligkeiten, darunter Werkzeuge und Materialien zur seiner Berufsarbeit, die Praxis als Zahnarzt zu üben, wurden mit Beschlag belegt. Nachdem seine Unschuld festgestellt und eine „ordonnance de non-lieu" erlassen war, wurde er, mit einer anderen Person angeklagt, an die deutsche Grenze geführt, ohne daß es ihm trotz zahlreicher Reclamationen gelungen wäre, sich wieder in Besitz der ihm genommenen Sachen zu setzen. Hammack ging dann nach Berlin und reclamirte hier bei der Ausübung seiner Praxis als Zahnarzt mehrfachen Unregelmäßigkeiten, wenn ihm das in Paris erhaltene Diplom fehlte. Er wurde aus diesem Grunde zu 300 und 400 Francs Geldstrafe verurtheilt. Inzwischen wendete sich Hammack an die deutsche Botschaft und an das Auswärtige Amt, und deren Bemühungen erwirkten vor Kurzem von den französischen Behörden das Versprechen, Hammack sein Eigenthum auszuhändigen. Hammack reiste abermals nach Paris, wurde aber auf der Präfectur abgewiesen mit der Erklärung, daß man seine Sachen irrthümlich verkauft habe und nichts mehr vorhanden sei. Bei dem Verkaufe wurden 101 Fr. erlöst, obgleich die Gegenstände 2000 Francs werth waren. Auf weitere Reclamationen hin stellte sich heraus, daß die Angabe der französischen Regierung, wonach auch die Papiere Hammack's verkauft seien, auf einer höchst leichtsinnigen Untersuchung beruhen, denn diese Papiere wurden nachträglich noch aufgefunden, allerdings mit Ausnahme des für Hammack besonders wichtigen zahnärztlichen Diplomes, das allem Anschein nach für 2,50 Fr. mit einem Portefeuille verkauft worden war, in welchem es aufbewahrt wurde. Die französische Regierung hat in dieser Angelegenheit, die nicht weniger als zwei Jahre dauert, das Unglaublichste an Verschleppung geleistet, alle Beschwerden des Hammack ohne Untersuchung zu den Acten gelegt und merkwürdiger Weise gar nicht daran gedacht, daß sie dazu verpflichtet ist, dem Hammack den durch ihre alleinige Schuld entstandenen Schaden zu ersetzen.

* Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß die Crisis des spanischen Cabinets den unterwühlenden Einflüssen der Zeit schwächeren Widerstand leistet, als mit dem Vertrauen auf eine lange Lebensdauer derselben vereinbar erscheint. In dem Kreise der Mitwider Politiker wird die Eventualität einer durchreifenden Umbildung des Ministeriums ganz zwanglos erörtert; man sagt, daß dem Conseilspräsidenten Sagasta kein anderes Mittel, die schleichende Cabinetskrise zu beschwören, übrig bleibe, es sei denn, er selbst habe den Muth so vollständig verloren, daß er mit seinen Amtscollegen vom Schauplatz zu verschwinden vorziehe. Die Hauptschwierigkeit für den leitenden Staatsmann liegt in der Unmöglichkeit, alle Ansprüche der liberalen Gruppenführer zu befriedigen; dazu würde selbst eine Verdoppelung der Zahl der Ministerportefeuilles kaum hinreichen. Der Unmuth ob vermeintlich erfahrener Zurücksetzung gilt mit als eine Hauptquelle der herrschenden parlamentarischen Schwierigkeiten. Um diese Quelle wirksam zu verstopfen, hat Sagasta in letzter Zeit Annäherungsversuche an die liberalen Dissidenten und, wie es scheint, nicht ganz ohne Erfolg unternommen. Dieser Umstand, in Verbindung mit der Thatsache, daß die Königin-Regentin einem Ausgleich des im Schooße der liberalen Partei herrschenden Zerwürfnisses nicht abgeneigt ist, hat genügt, um das Mißtrauen der Republikaner gegen Sagasta zu hellen Flammen anzufachen. Letztere sind überhaupt durch den Sturz der brasilianischen Monarchie einigermaßen aus Rand und Band gerathen und geberden sich, als wären sie binnen Kurzem uneingeschränkte Herren der Lage. Dieser Großprahlerei würde die Herstellung eines Compromisses zwischen Sagasta und den liberalen Dissidenten einen kräftigen Dämpfer aufsetzen. Was in dieser Hinsicht etwa geschehen kann und soll, wird aber bald, jedenfalls noch vor Eintritt der parlamentarischen Weihnachtsferien, geschehen müssen, damit man mit der Budgeterledigung nicht zu sehr in den Rückstand gerathe. Uebrigens hat die obstructive Thätigkeit der Cabinetsgegner in den Cortes neuerdings merklich nachgelassen. Bei den liberalen Dissidenten hängt das mit den Annäherungsversuchen Sagasta's zusammen, deren erfolgreicher Ausgang diese Gruppe ganz auf die Seite des Cabinets führen würde. Aber auch die Conservativen zeigen sich über Erwarten entgegenkommend, diese freilich aus einem ganz anderen Grunde. Sie glauben nämlich nicht an den Erfolg der Ausschußungspolitik Sagasta's, meinen aber, daß ein flotterer parlamentarischer Geschäftsgang um so eher den Zeitpunkt herbeiführen werde, wo die politische Abwirthschaftung des Ministeriums Sagasta nicht länger mehr zu vertuschen sein und die Reihe wiederum an die Conservativen kommen dürfte. Jedenfalls ist die Situation eine zu gespannte geworden, als daß sie ad infinitum so fortdauern könnte. An ihrer Neugestaltung ist um so weniger zu zweifeln, als zu viele einflußreiche Politiker daran persönliches Interesse nehmen — und das ist ein Moment, welches in Spanien von jeher schwer in die Wagschale der Entscheidung zu fallen pflegt.

Der Kaiser in Anhalt.

* Dessau, 4. December. Se. Majestät der Kaiser ist heute Nachmittag um 3 Uhr hier eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofe von dem Herzog und der Herzogin empfangen.

* Dessau, 4. December. Kaiser Wilhelm begrüßte bei seiner Ankunft das herzogliche Paar in herzlichster Weise. Se. Majestät umarmte und küßte den Herzog wiederholt und küßte der Herzogin die Hand. Mit Bedauern stellte Se. Majestät mit, daß Ihre Majestät die Kaiserin durch eine leichte Unpäßlichkeit abgehalten worden ist, an der Jagd Theil zu nehmen. Nachdem die Ehrencompagnie abgeschritten war, defilirte dieselbe im Parademarsch auf dem Bahnhofe. Die Mannschaft ist herrlich beschaffen, eine prächtige Europaiste mit der Kaiserstatue der Kaiserin ist am Kriegerdenkmal errichtet. Dort waren dreißig Jungfrauen aufgestellt, welche dem Kaiser Blumen überreichten. Oberbürgermeister Funk hielt eine Ansprache, in welcher er sagte, die Hohenzollern seien Dessau alt befreit. Die anhaltischen Fürsten hätten ihre Residenz Dessau, sowie Anhalts eng an Preußen gekettet und wären den besten Ueberlieferungen ihres Hauses gefolgt, als sie das Land dem neuen Reiche anbieten. Seit dieses erwachsen, habe sich Dessau aus kleinen Verhältnissen zu einer Industriestadt entwickelt. Für die Fürsorge Sr. Majestät für Verbesserung der Lage der Arbeiter und Erhaltung des Wohlstandes müsse auch Dessau als Stadt gewerbefleißiger Arbeit dankbar sein. Darum schalle Se. Majestät aus vollem Herzen der Jubel der Bewohner entgegen, die in guten und bösen Tagen zu Kaiser und Reich stehen werden. — Se. Majestät der Kaiser dankte huldvollst und setzte hierauf die Fahrt nach dem Herzoglichen Schlosse fort. Bald darauf erfolgte die Umfahrt durch die Straßen der Stadt.

Marine.

* Die Rang- und Quartierliste der deutschen Marine für das Jahr 1890 (abgeschlossen am 25. November 1889), Redaction: das Oberseekommando der Marine, ist im Verlage von Ernst Siegfried Mittler und Sohn erschienen. Wir zählen in der Marine vier Viceadmirale (Frhr. von der Goltz, Knorr, Paschen und von Kall) und zehn Contreadmirale (Deinhard, Heilmann, Hensner, Schering, Schröder, Reiser, Batsch, Freiherr von Hollen, Mensing, Rasche), Capitäne zur See, unter denen sich bekanntlich Prinz Heinrich befindet, giebt es 31; à la suite der Marine wird der Kronprinz von Schweden geführt. Die Schiffe der Marine werden eingetheilt in 1) Panzerschiffe, 2) Panzerfahrzeuge, 3) Kreuzer-Fregatten, 4) Kreuzer-Corvetten, 5) Kreuzer, 6) Kanonenboote, 7) Avisos, 8) Schulschiffe und Fahrzeuge, in der 9. Rubrik werden die zu anderen Zwecken verwendeten Fahrzeuge aufgeführt. Panzerschiffe giebt es 12: „König Wilhelm", „Kaiser", „Deutschland", „Friedrich der Große", „Preußen", „Friedrich Karl", „Kronprinz", „Bayern", „Sachsen", „Württemberg", „Baden", „Olden-